

Freitag, 18. Mai 2018 16h00

MEDIENMITTEILUNG**GPK SCHLIESSEN BERATUNG DES GESCHÄFTSBERICHTS 2017 DES
BUNDESRATES ZU EINEM SPÄTEREN ZEITPUNKT AB**

Die Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) der eidgenössischen Räte haben an ihrer gemeinsamen Sitzung beschlossen, die Beratung des Geschäftsberichts 2017 des Bundesrates, dessen Behandlung in den Räten ursprünglich in der Sommersession vorgesehen war, zu einem späteren Zeitpunkt abzuschliessen. Die GPK sind zum Schluss gekommen, dass sie zusätzliche Informationen zur Geschäftsführung der Post benötigen, um entscheiden zu können, welchen Antrag sie ihren Räten hinsichtlich der Genehmigung des Geschäftsberichts stellen. Die Kommissionen gehen davon aus, dass sie ihre Arbeiten im Hinblick auf die Herbstsession 2018 beendet haben dürften.

18.001

Die GPK von National- und Ständerat haben an ihrer gemeinsamen Sitzung vom 17. Mai 2018 beschlossen, sich zu einem späteren Zeitpunkt erneut mit dem Geschäftsbericht 2017 des Bundesrates zu befassen, dessen Behandlung in den Räten ursprünglich in der Sommersession vorgesehen war. Die Kommissionen gehen davon aus, dass sie die Beratung des Berichts im Hinblick auf die Herbstsession 2018 abgeschlossen haben dürften.

Im April und Mai jeden Jahres nehmen die GPK im Rahmen der Behandlung des Geschäftsberichts des Bundesrates Kenntnis von verschiedenen Berichten, die Auskunft darüber geben, inwieweit die Bundesunternehmen ihre strategischen Ziele erreicht haben. Den Bericht über die Erreichung der strategischen Ziele der Post für das Jahr 2017 hat der Bundesrat allerdings aufgrund der Enthüllungen über die nicht gesetzeskonforme Buchungspraxis bei der PostAuto Schweiz AG bis anhin nicht vorgelegt, da er noch nicht über sämtliche relevanten Informationen verfügt.

Die GPK erachten es als notwendig, von diesem Bericht Kenntnis zu nehmen, bevor sie endgültig darüber Beschluss fassen, welchen Antrag sie ihren Räten hinsichtlich der Genehmigung des Geschäftsberichts des Bundesrates stellen.

Die GPK haben am 17. Mai 2018 unter dem Vorsitz von Nationalrätin Doris Fiala (FDP, ZH) und Ständerätin Anne Seydoux-Christe (CVP, JU) in Bern getagt.